



**Miteinander. Mehr erreichen. Für unser Land.**

GESCHÄFTSBERICHT 2015



# Inhalt



Die IB.SH in Zahlen	4
Vorwort des Vorstandes	6
Die IB.SH im Überblick	8
Bericht des Verwaltungsrates	9

## JAHRESABSCHLUSS

Lagebericht	10
Jahresbilanz	24
Gewinn- und Verlustrechnung	26
Anhang	27
Organe	42
Bestätigungsvermerk	44
Kontakt/Impressum	46

# Die IB.SH in Zahlen



Im Jahr 2015 belief sich die Wirtschaftsförderung (Konsortialkredite und Refinanzierung) der IB.SH auf 678 Mio. €.

## WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG



Im Jahr 2015 betrug die Kommunalförderung der IB.SH insgesamt 603 Mio. €.

## KOMMUNALFÖRDERUNG



Im Jahr 2015 förderte die IB.SH den Immobiliensektor (Konsortialkredite und Refinanzierung) mit 790 Mio. €.

## IMMOBILIENFÖRDERUNG



Im Jahr 2015 hat die IB.SH Zuschüsse in Höhe von 264 Mio. € vergeben.

## ZUSCHUSSPROGRAMME

# Vorwort des Vorstandes

**Sehr geehrte Damen und Herren,  
sehr geehrte Kunden und Partner,**

das Geschäftsjahr 2015 der IB.SH war stark geprägt durch den Boom im Immobiliensektor, der die Wirtschaft in Schleswig-Holstein in nahezu allen Branchen beflügelt und für eine sehr gute Beschäftigungslage gesorgt hat.

Diese Entwicklung hat zu einer starken Nachfrage nach unseren Förderprodukten geführt, mit denen wir nachhaltiges Wachstum unterstützen und die Zukunft des Landes mitgestalten.

Die Vision unserer Bank „Miteinander. Mehr erreichen. Für unser Land.“ ist Selbstverständnis und Programm zugleich: Gemeinsam mit Ihnen setzen wir uns für eine nachhaltig gute Entwicklung von Schleswig-Holstein ein.

Als Förderbank fühlen wir uns dem Prinzip der Nachhaltigkeit besonders verpflichtet. Umwelt- und Klimaaspekte stehen bei unserer Fördertätigkeit seit Jahren im Vordergrund.

Wir fördern Energieeinsparung, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien.

Das vergangene Jahr hat eine neue Herausforderung gebracht: Die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen. Die IB.SH trägt auf verschiedene Weise dazu bei.

Zum einen geht es darum, dringend benötigten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Dazu wurde das Sonderprogramm „Erleichtertes Bauen“ gemeinsam mit dem Land entwickelt, das seit Anfang des Jahres am Start ist. Damit fördern wir den Bau von dringend benötigten preisgünstigen Mietwohnungen für Berechtigte der Sozialen Wohnraumförderung und für Flüchtlinge. Zum anderen steht unser Mikrokreditangebot für Existenzgründungen von Flüchtlingen bereit.

Darüber hinaus hat das Land uns mit der Durchführung und Abwicklung von Fördermitteln für den



Erk Westermann-Lammers,  
Vorsitzender des Vorstandes



Dr. Michael Adamska,  
Vorstand

begleiteten Übergang von Flüchtlingen in Arbeit und Ausbildung beauftragt. Damit bieten wir anerkannten Flüchtlingen ein wirkungsvolles Instrument zum Aufbau einer beruflichen Perspektive und damit zur Integration.

Unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken wir für ihren kreativen und motivierten Einsatz. Miteinander wollen wir auch künftig vorausschauend und verantwortungsvoll für unser Land arbeiten.

Erk Westermann-Lammers  
Vorsitzender des Vorstandes

Dr. Michael Adamska  
Vorstand

# Die IB.SH im Überblick

## Rechtsform

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und besitzt eine Bankerlaubnis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Ihr Träger ist zu 100 Prozent das Land Schleswig-Holstein.

## Aufgaben: beraten, fördern und finanzieren

Als zentrales Förderinstitut unterstützt die IB.SH das Land Schleswig-Holstein in der Umsetzung wirtschafts- und strukturpolitischer Aufgaben. Die IB.SH berät in allen Förderfragen und vergibt Fördermittel für Wirtschaft, Immobilien, Kommunen, Infrastruktur, Arbeitsmarkt- und Ausbildungsmaßnahmen, Umwelt- und Energieprojekte, den Städtebau sowie den Agrarbereich. Unterstützt werden öffentliche und private Investitionsvorhaben in Schleswig-Holstein.

Die IB.SH hat in ihrer Strategie das Oberziel „aus eigener Ertragskraft für Wachstum, Fortschritt und dauerhaft gute Lebensbedingungen in Schleswig-Holstein“ verankert und arbeitet ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltig. Die Vision, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der IB.SH motiviert, lautet: „Miteinander. Mehr erreichen. Für unser Land.“

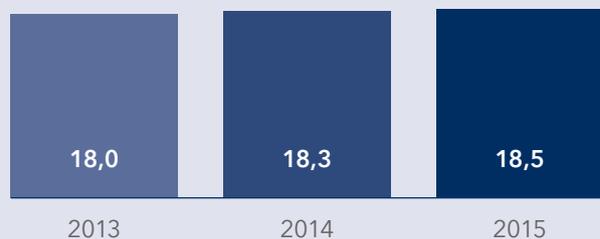
## Zahlen

Im Jahr 2015 hatte die IB.SH eine Bilanzsumme von 18,5 Mrd. €. Das Neugeschäftsvolumen 2015 betrug 2,3 Mrd. €.

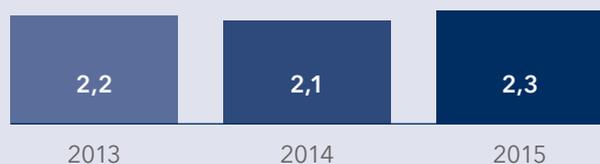
## Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die IB.SH hat rund 570 Beschäftigte, 29 Prozent davon arbeiten in Teilzeit. 23 Auszubildende starten ihren beruflichen Werdegang in der IB.SH in 5 Ausbildungsgängen.

## Bilanzsumme (in Mrd. €)



## Neugeschäftsvolumen (in Mrd. €)





Dr. Philipp Nimmermann

# Bericht des Verwaltungsrates

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und das zentrale Förderinstitut des Landes Schleswig-Holstein.

Der Verwaltungsrat trat 2015 fünfmal zusammen. Der Vorstand hat den Verwaltungsrat regelmäßig über den aktuellen geschäftlichen Verlauf und über die erwartete zukünftige Entwicklung informiert.

Im Juni 2016 billigte der Verwaltungsrat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss 2015 nebst Lagebericht. Unter gleichem Datum erteilte der Verwaltungsrat die Entlastung des Vorstands für das Geschäftsjahr 2015 und beschloss auf Vorschlag des Vorstands über die Verwendung des Gewinns.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der IB.SH für die im Jahr 2015 geleistete Arbeit.

Kiel, 6. Juni 2016

Der Verwaltungsrat der Investitionsbank  
Schleswig-Holstein

gez. Dr. Philipp Nimmermann  
Vorsitzender des Verwaltungsrates

# Jahresabschluss

## Lagebericht der Investitionsbank Schleswig-Holstein zum 31.12.2015

### 1. Grundlagen der Investitionsbank Schleswig-Holstein

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) wurde am 01.06.2003 durch Landesgesetz als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts errichtet<sup>1</sup>. Alleiniger Träger der IB.SH ist das Land Schleswig-Holstein. Die IB.SH unterstützt als zentrales Förderinstitut das Land Schleswig-Holstein bei der Erfüllung öffentlicher und im öffentlichen Interesse liegender Aufgaben. Ihre Tätigkeit ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet.

Die IB.SH erbringt Beratungs- und Förderbankdienstleistungen zu den Themen „Wirtschaft und Technologie“, „Immobilien“, „Kommunen und Infrastruktur“ sowie „Arbeit und Bildung“ und ist an den Standorten Kiel (Hauptsitz), Lübeck, Flensburg, Neumünster, Ahrensburg und Elmshorn vertreten. Darüber hinaus übernimmt die IB.SH die Bearbeitung und Abwicklung von Bundes-, Landes- und EU-Förderprogrammen. Diesbezüglich werden im Rahmen der „Europäischen Territorialen Zusammenarbeit“ (ETZ) Pro-

grammsekretariate in Rostock und Riga unterhalten. Zudem hält die IB.SH strategische Beteiligungen an der NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH & Co. KG (NWL), an der Landgesellschaft Schleswig-Holstein GmbH (LGSH) sowie an der MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH (MBG).

Im Jahr 2015 hat die IB.SH ihre Vision und Geschäftsstrategie weiterentwickelt und an die kommenden Herausforderungen angepasst. Die neu formulierte Vision lautet „Miteinander. Mehr erreichen. Für unser Land“. Nachhaltiges Handeln sowohl in ökonomischer als auch in ökologischer und sozialer Hinsicht ist der zentrale Leitgedanke der Geschäftsstrategie. Als zentrales Förderinstitut des Landes setzt sich die IB.SH für nachhaltiges Wachstum, Fortschritt und dauerhaft gute Lebensbedingungen in Schleswig-Holstein ein.

Zum 31.12.2015 beschäftigte die IB.SH 340 (Vj. 339) Mitarbeiterinnen und 235 (Vj. 229) Mitarbeiter (insg. 575, Vj. 568), davon 403 (Vj. 403) Vollzeit- und 172 (Vj. 165) Teilzeitkräfte. In den Beschäftigtenzahlen enthalten sind der Vorstand sowie 21 (Vj. 23) Auszu-

<sup>1</sup> § 1 Abs. 1 des Gesetzes über die Errichtung der Investitionsbank Schleswig-Holstein als rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts (Investitionsbankgesetz - IBG) vom 7. Mai 2003 (GVOBl. Schl.-H. S. 206/211 ff.), geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 17. Dezember 2010 (GVOBl. Schl.-H. S. 789/808 f.)

bildende und 3 (Vj. 5) Trainees. Das Durchschnittsalter lag bei 44,5 (Vj. 44,1) Jahren, die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit lag bei 14,6 (Vj. 13,9) Jahren.

Zur Sicherung der Mitarbeiterqualifikation wurden im Jahr 2015 insgesamt 1.751 (Vj. 1.046) interne und externe Schulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen durchgeführt.

2014 hat sich die IB.SH erstmalig einem Ratingprozess durch Fitch Ratings unterzogen. Im Ergebnis wurde die IB.SH mit einer Ratingnote von „AAA“ bewertet, die im Überprüfungsprozess 2015 erneut bestätigt wurde.

Die IB.SH ist ein Kreditinstitut im Sinne des Art. 4 Abs. 1 Nr.1 der Capital Requirements Regulation (CRR).

## 2. Wirtschaftsbericht

### 2.1. wirtschaftliches Umfeld

Die auch im Jahr 2015 weiterhin moderate aber stabile Entwicklung der deutschen Wirtschaft führte nach Angaben des Statistischen Bundesamtes zu einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) in Höhe von 1,7 %. Die Wirtschaftsentwicklung erscheint damit weitgehend unbeeindruckt von den die Medien in 2015 beherrschenden Themen: die Griechenlandkrise in der ersten und die Flüchtlingsmigration in der zweiten Jahreshälfte.

Wichtiger Wachstumstreiber in Deutschland blieb die starke Inlandsnachfrage. Insbesondere die privaten Konsumausgaben profitierten nach Angaben der Bundesbank weiterhin vom Beschäftigungswachstum und zusätzlichen Ausgabenspielräumen, die sich aufgrund der anhaltend niedrigen Energiepreise ergaben.

Die Europäische Zentralbank (EZB) und die nationalen Notenbanken kauften aufgrund eines EZB-Beschlusses ab März 2015 im Rahmen eines Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase

Programme, APP) monatlich Wertpapiere im Volumen von 60 Mrd. €. Ziel der Maßnahmen ist, dass sich die Inflationsrate in der Währungsunion wieder dem EZB-Zielwert von unter, aber nahe 2 % annähert. Erforderlichenfalls soll das Programm solange fortgeführt werden, bis der EZB-Rat eine nachhaltige Korrektur der Inflationsentwicklung erkennt, die mit dem Zielwert in Einklang steht. Trotz dieser teilweise extremen Maßnahmen zur Liquiditätsversorgung lag die Inflationsrate in Deutschland 2015 bei lediglich 0,3% und im Euroraum insgesamt bei 0,2 %. Damit bestand wenig Puffer gegenüber deflationären Tendenzen. Mit der Politik der EZB verbunden war weiterhin eine Abwertung des Euro und damit eine Erhöhung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit insbesondere der deutschen Unternehmen auf den Weltmärkten.

### 2.2. Geschäftsverlauf

Abb. 1: Neugeschäftsentwicklung 2012 bis 2015 nach Geschäftsbereichen in Mio. €



Das Fördergeschäft der IB.SH ist in die Geschäftsbereiche Firmen-, Immobilien-, Kommunalkunden sowie Arbeitsmarkt- und Strukturförderung (inkl. Europäische Territoriale Zusammenarbeit) unterteilt. Die Durchleitung von Förderprogrammrediten der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Landwirtschaftlichen Rentenbank (LR) sowie das Förderrefinanzierungsgeschäft mit Banken und Sparkassen werden im Geschäftsbereich Firmenkunden ausgewiesen.

Auf das erreichte Fördervolumen von 2,3 (Vj. 2,1) Mrd. € entfallen 86 (Vj. 88) % auf Bardarlehen, 3 (Vj. 6) % auf Bürgschaften und Garantien und 11 (Vj. 6) % auf Zuschüsse. Damit verlief das Neugeschäft insgesamt besser als erwartet. Der Bestand an Darlehen, Bürgschaften und Garantien im Fördergeschäft zum 31.12.2015 betrug 15,1 (Vj. 14,9) Mrd. €.

Mit einem Anteil von 38 (Vj. 43) % trug der Geschäftsbereich Firmenkunden wiederum den größten Anteil zum Neugeschäftsvolumen bei. Wie erwartet wurden aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen im Erneuerbare Energien Gesetz (EEG) deutlich weniger Windkraftfinanzierungen begleitet als im Vorjahr. Die bestehenden Fonds für Risikokapital und Neugründungen wurden im Geschäftsjahr vollständig ausplatziert. Um die Nachfrage nach Eigenkapital sowohl für Neugründungen als auch für bereits etablierte Unternehmen weiter abdecken zu können, wurden Folgefonds für Risikokapital und Neugründungen aufgelegt sowie der bestehende Mittelstandsfonds aufgestockt.

Der Geschäftsbereich Immobilien erzielte einen Anteil am Neugeschäftsvolumen von 27 (Vj. 25) %. Im Zuge der „Offensive für bezahlbares Wohnen“ des Landes Schleswig-Holstein und der Wohnungswirtschaft war ein deutlicher Zuwachs von Förderdarlehen in der sozialen Wohnraumförderung festzustellen. Dies ist insbesondere auf die geänderten und dadurch deutlich attraktiveren Förderbedingungen zurückzuführen. In der allgemeinen Wohnraum-

förderung waren erneut die Wohneigentums- und Modernisierungsprogramme der KfW wesentlicher Treiber der guten Neugeschäftsentwicklung.

Im Geschäftsbereich Kommunalkunden lag der Anteil am Neugeschäftsvolumen bei 26 (Vj. 27) %. Im Kommunalkreditgeschäft, der Krankenhausfinanzierung und im Kommunalen Investitionsfonds war ein wiederum guter Geschäftsverlauf auf Vorjahresniveau zu verzeichnen, das Volumen der Geschäftsabschlüsse bei den kommunalnahen Unternehmensfinanzierungen lag deutlich über dem des Vorjahres. Mehrere Investitionsvorhaben, die in den Vorjahren vorbereitet und begleitet wurden, konnten im Jahr 2015 mit Finanzierungsbegleitung durch die IB.SH umgesetzt werden.

Der Anteil des Geschäftsbereiches Arbeitsmarkt- und Strukturförderung lag bei 9 (Vj. 5) %. Das Fördervolumen und der Geschäftsverlauf in diesem Geschäftsbereich werden maßgeblich durch festgelegte Programmbudgets bestimmt. Das Geschäftsjahr 2015 war geprägt durch die erfolgreich angelaufene Förderperiode 2014 - 2020 mit hohen Mittelbewilligungen. Mit der Unterstützung des Landes Schleswig-Holstein bei der Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (KInvFG) sowie Beratungs- und Bewilligungsleistungen in der Strukturförderung wurden weitere Aufgaben auf die IB.SH übertragen.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die IB.SH mit ihren Produkten und Dienstleistungen in allen Geschäftsbereichen wiederum einen wesentlichen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung in Schleswig-Holstein geleistet hat.

### 2.3. Ertragslage

Die gewählte Darstellung des Jahresergebnisses folgt betriebswirtschaftlichen Kriterien. Insbesondere werden Ertrags- und Aufwandspositionen zusammengefasst und als Überschusspositionen dargestellt. Betriebsfremde Einflüsse sowie Einflüsse mit

Abb. 2: Ergebnisentwicklung 2012 bis 2015 in Mio. €

	2012	2013	2014	2015
Zinsüberschuss	87,1	95,8	98,8	107,3
Provisionsüberschuss	4,1	4,5	4,1	2,2
sonstiger betrieblicher Überschuss	16,5	18,4	9,4	15,8
<b>Summe der Erträge</b>	<b>107,7</b>	<b>118,7</b>	<b>112,3</b>	<b>125,3</b>
Personalaufwendungen	-33,5	-34,7	-38,9	-42,8
andere Verwaltungsaufwendungen	-15,9	-15,0	-15,9	-17,0
Abschreibungen	-1,4	-1,1	-0,8	-0,8
<b>Summe der Aufwendungen</b>	<b>-50,8</b>	<b>-50,8</b>	<b>-55,6</b>	<b>-60,6</b>
<b>Ergebnis vor Risikovorsorge/Bewertung und Sondereffekten</b>	<b>56,9</b>	<b>67,9</b>	<b>56,7</b>	<b>64,7</b>
Risikovorsorge/Bewertung	-57,9	-61,7	-54,5	-62,1
davon Zuführungen/Auflösungen zu den/von Vorsorgereserven nach § 340f HGB	-58,2	-55,8	-61,1	274,1
davon Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB				-333,6
Sondereffekte	4,0	-3,2	0,8	0,4
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>3,0</b>	<b>3,0</b>	<b>3,0</b>	<b>3,0</b>

außergewöhnlichem Charakter werden in einer gesonderten Position „Sondereffekte“ ausgewiesen.

Das Geschäftsergebnis einschließlich der einzelnen Komponenten entwickelte sich wie folgt (s. Abb. 2).

Der Zins- und Provisionsüberschuss lag im Geschäftsjahr in Summe über dem des Vorjahres und spiegelt das für die IB.SH erneut sehr erfolgreiche Geschäftsjahr wider. Sowohl im Förderkreditgeschäft als auch im Treasury konnten gestiegene Ergebnisbeiträge realisiert werden.

Der sonstige betriebliche Überschuss beinhaltet im Wesentlichen die Kostenerstattungen für die Bearbeitung von Landes- und EU-Programmen, Aufwendungen aus der Abzinsung der Pensionsrückstellungen in Folge des weiter gesunkenen Durchschnittszinssatzes sowie Programmaufwendungen im Rah-

men der „Offensive für bezahlbares Wohnen“. Weiterhin werden in dieser Position die Erträge aus den Beteiligungen an der NWL und der LGSH in Höhe von zusammen 8,6 (Vj. 8,2) Mio. € ausgewiesen.

Die Personalaufwendungen entwickelten sich wie erwartet und spiegeln den im Zuge neuer Aufgaben erfolgten Personalaufbau, die Tarifentwicklung sowie gestiegene Aufwendungen aus der Dotierung der Pensionsrückstellungen wider. Die IB.SH hat das für 2015 gewährte Wahlrecht zur Umstellung des Rechnungszinses auf einen 10-jährigen Durchschnitt nicht in Anspruch genommen.

Der Anstieg der anderen Verwaltungsaufwendungen ist im Wesentlichen auf die mit dem Personalaufbau verbundenen Sachaufwendungen sowie die gestiegenen aufsichtsrechtlichen Kosten, insbeson-

dere auf den Beitrag zum Europäischen Bankenrettungsfonds, zurückzuführen.

Die Risikovorsorge/Bewertung enthält die Nettoneuzuführungen zu den Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft, Direktabschreibungen, Eingänge auf abgeschriebene Forderungen, Auflösungen von Vorsorgereserven nach § 340f HGB, Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB und Nettoaufwendungen aus der Auflösung und Dotierung im Fonds für Zinsausgleich. Die Auflösungen von Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft konnten in Folge realisierter Sanierungserfolge die notwendigen Zuführungen überkompensieren. Hierdurch konnte aus dem Geschäftsjahr 2015 eine Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB (Vj. Vorsorgereserven nach § 340f HGB) in Höhe von 64,5 (Vj. 61,1) Mio. € vorgenommen werden. Darüber hinaus wurden bestehende Vorsorgereserven nach § 340f HGB in Höhe von 274,1 Mio. € in den Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB umgliedert.

Die Sondereffekte beinhalten Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen für die Erstattung von Bearbeitungsentgelten.

Dem Verwaltungsrat wird vorgeschlagen, den Jahresüberschuss in Höhe von 3,0 (Vj. 3,0) Mio. € an das Land Schleswig-Holstein auszuschütten.

#### **2.4. Finanzlage**

Die IB.SH war im Jahr 2015 jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Die Zahlungsfähigkeit wird anhand des Liquiditätsgrundsatzes gemäß Liquiditätsverordnung (LiqV) laufend überwacht. Die aufsichtsrechtlich vorgegebene Untergrenze dieser Kennziffer von 1,0 wurde zu keinem Zeitpunkt unterschritten. Die bei der Deutschen Bundesbank zu unterhaltende Mindestreserve wurde jederzeit eingehalten.

Das im Jahr 2015 neu zu refinanzierende Kreditvolumen belief sich auf rd. 0,8 (Vj. 0,8) Mrd. €. Die IB.SH refinanziert sich über verschiedene Refinanzierungsquellen wie KfW, LR, Europäische Investitionsbank (EIB), über Schuldscheindarlehen sowie durch die Emission von Inhaberschuldverschreibungen.

Wie auch in den Vorjahren wurden Zinsswapgeschäfte eingesetzt, um das Zinsrisiko aus dem Kreditneugeschäft und dem Kreditbestand zu steuern.

Aufgrund der Gewährträgerhaftung, der Anstaltslast und der Refinanzierungsgarantie des Landes Schleswig-Holstein ist die Möglichkeit einer jederzeitigen Refinanzierung gewährleistet. Die Ratingagentur Fitch hat die IB.SH mit „AAA“ geratet. Darüber hinaus führt die Adresse IB.SH bei den Kredit gewährenden Instituten zu keiner Eigenkapitalanrechnung. Umfangreiche zentralbankfähige Aktiva gewährleisten eine stabile Refinanzierungssituation.

#### **2.5. Vermögenslage**

Die Bilanzsumme der IB.SH einschließlich der wesentlichen Bilanzpositionen entwickelte sich wie folgt (s. Abb. 3).

Die planmäßigen sowie die infolge des geringen Zinsniveaus auch im Jahr 2015 zu verzeichnenden hohen außerplanmäßigen Tilgungen in den Förderbeständen konnten entgegen den Erwartungen durch das Neugeschäft insgesamt überkompensiert werden. Bei den Kundenforderungen führte zudem die Umwandlung von Vorsorgereserven nach § 340f HGB zugunsten des Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB zu einem Anstieg im Vergleich zum Vorjahr.

Im Bestand an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren wurde neben hoher Adressenqualität weiterhin vor allem auf Diversifizierung der Anlagenstruktur geachtet. Im Portfolio sind insbesondere Anleihen supranationaler Einrichtungen (KfW, EIB), EU- sowie Rettungsschirm-Anleihen,

Abb. 3: Entwicklung der Bilanzsumme 2012 bis 2015 in Mio. €

	2012	2013	2014	2015
<b>Bilanzsumme</b>	<b>17.975,8</b>	<b>18.030,8</b>	<b>18.343,5</b>	<b>18.525,8</b>
davon Forderungen an Kreditinstitute	4.274,8	4.482,7	4.398,2	4.305,2
davon Forderungen an Kunden	9.456,7	9.409,2	9.984,1	10.412,0
Wertpapiere	3.111,5	3.311,8	3.105,4	2.894,5
dauerhafte Anlagen	117,9	132,5	132,4	132,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13.097,9	13.084,4	12.671,3	11.913,9
verbriefte Verbindlichkeiten	-	-	500,1	1.001,3
Fonds für allgemeine Bankrisiken	-	-	-	338,6
Eigenkapital	1.119,7	1.134,1	1.146,7	1.159,3

„gedeckte“ Wertpapiere mit mittleren und kurzen Laufzeiten sowie Unternehmensanleihen mit hoher Bonität enthalten.

Die dauerhaften Anlagen beinhalten die Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen sowie Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände.

Auf der Refinanzierungsseite wurde im Juli 2015 eine weitere Inhaberschuldverschreibung mit einem Volumen von 500 Mio. € im Freiverkehr der Hamburger Börse platziert.

Zum 31.12.2015 erfolgte erstmalig eine Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB. Die Dotierung erfolgte aus bestehenden Vorsorgereserven nach § 340f HGB sowie aus Zuführungen des Geschäftsjahres.

Der Kapitalrücklage wurden im Rahmen des Gesetzes zur Entflechtung von Gemeinschaftsaufgaben und Finanzhilfen (EntflechtG) Haushaltsmittel des Bundes in Höhe von 12,6 Mio. € zugeführt.

Mit Beschluss des Verwaltungsrates vom 27.05.2015 wurde der Bilanzgewinn 2014 in Höhe von 3,0 Mio. € ausgeschüttet. Zum 31.12.2015 wird ein Eigenkapital in Höhe von 1.159,3 (Vj. 1.146,7) Mio. € ausgewiesen. Dieses beinhaltet einen Bilanzgewinn in Höhe von 3,0 (Vj. 3,0) Mio. €, der zur Ausschüttung vorgesehen ist.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass die wirtschaftliche Lage stabil und geordnet ist und den an die IB.SH gestellten Anforderungen entspricht.

### 3. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Bilanzstichtag

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Beurteilung der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage sind im Zeitraum nach dem 31.12.2015 bis zur Aufstellung des Jahresabschlusses nicht eingetreten.

## 4. Risikobericht

### 4.1. Gesamtbank- und Risikostrategie

Die IB.SH hat eine Geschäfts-, Nachhaltigkeits- sowie Risikostrategie, die ihrerseits Grundlage für die Geschäftsbereichs- und Themenstrategien sind. Für die dort festgelegten Ziele wurden strategiekonforme Maßnahmen beschlossen, die Grundlage für den

jährlichen Planungsprozess mit seinen verschiedenen Plangrößen sind. Im Rahmen des festgelegten Regelprozesses werden die Erfolge der eingeleiteten Maßnahmen bewertet und bei Bedarf adjustiert. Das gesamte Strategieportfolio wird jährlich überprüft und falls erforderlich angepasst.

Die förderpolitischen Ziele ergeben sich aus dem Investitionsbankgesetz (IBG). Die IB.SH unterstützt das Land Schleswig-Holstein bei der Erfüllung öffentlicher und im öffentlichen Interesse liegender Aufgaben.

Im Rahmen der wirtschaftlichen Ziele werden ausgehend von historischen Werten sowie mittelfristigen Plandaten Mindestgrößen definiert, die das Betriebsergebnis vor Risikovorsorge im Rahmen eines mehrjährigen Betrachtungszeitraums nicht unterschreiten soll.

Die Risikostrategie beschreibt das Gesamtrisikoprofil der Bank unter Berücksichtigung des Risikotragfähigkeitskonzepts, berücksichtigt die gesamte Geschäftstätigkeit des Instituts und beinhaltet explizit die als wesentlich eingestuften Risikoarten Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken sowie Operationelle Risiken.

Die IB.SH bewegt sich innerhalb der aufgestellten Strategievorgaben. Im Geschäftsjahr 2015 kam es zu keiner Überschreitung des gesetzten Rahmens bei den Risikopositionen.

#### **4.2. Risikomanagement**

Alle Bereiche der Bank identifizieren im Rahmen des Planungsprozesses Chancen sowie Risiken aufgrund von Beobachtungen, Analysen und Prognosen der Marktentwicklungen, der Gesetzgebung, der Megatrends (z. B. demografische Entwicklung, Digitalisierung) und weiterer relevanter Rahmenbedingungen für sämtliche Geschäftsfelder der Bank.

Die Überwachung realisierter Chancen und Risiken erfolgt durch das Controlling mittels regelmäßiger Soll/Ist-Vergleiche im Rahmen der Planungs- und Überwachungsprozesse. Die Überwachung der strategischen Ziele erfolgt durch den Bereich Unternehmensentwicklung im jährlich stattfindenden Strategieprozess.

Ziel der IB.SH ist es, die Nettoneubildung der Risikovorsorge für das adressenausfallrisikobehaftete Geschäft sowie die ergebniswirksamen Einflüsse der weiteren Risikoarten aus dem Betriebsergebnis vor Risikovorsorge bestreiten zu können.

Auf der Grundlage der Risikotragfähigkeit der IB.SH, die sich aus dem operativen Risikodeckungspotenzial (RDP) als Steuerungskreis ableitet, blieb im Geschäftsjahr 2015 das globale Risikolimit, bestehend aus den vier Unterlimiten für Adressenrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken und Operationelle Risiken in Höhe von 121 Mio. € unverändert.

Das Risikocontrolling hat die Verantwortung für die Methoden, Systeme und Verfahren zur Risikosteuerung und Risikobewertung und nimmt die operative Risikomessung und Limitüberwachung für Marktpreisrisiken, operationelle Risiken sowie für Liquiditätsrisiken vor. Außerdem überwacht und analysiert dieser Bereich unabhängig Intra- und Inter-Risikokonzentrationen sowie integrative und inverse Stresstests neben sonstigen Stressszenarien und berichtet die Ergebnisse im Rahmen des geregelten Berichtswesens.

Darüber hinaus wird der Vorstand durch einen Steuerungsausschuss beraten. Im Steuerungsausschuss werden risikorelevante Vorhaben (Limitänderungen, Methodenänderungen, Verfahrensanpassungen etc.) diskutiert, Marktbeurteilungen erörtert, Risikoanalysen präsentiert, Risikobeurteilungen entwickelt und Entscheidungsvorschläge für den Vorstand vorbereitet.

Entsprechend der IB.SH-spezifischen Rahmensetzung für die Treasuryaktivitäten sind die Marktpreisrisiken von vergleichsweise geringer Bedeutung (ausschließlich Zinsänderungsrisiken; vgl. 4.4 Marktpreisrisiken). Im Einklang mit den förderpolitischen Aufgaben entwickelt die IB.SH kontinuierlich eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Risikostrategie und legt zugleich besonderen Wert auf ein ausgewogenes Portfolio, in dem bedeutende Risikokonzentrationen im Adressenbereich grundsätzlich vermieden werden. Für ausgewählte Förderprogramme übernimmt das Land einen Teil des Risikos in Form von Bürgschaften.

#### 4.3. Adressenausfallrisiken

Die IB.SH steuert die Adressenausfallrisiken sowohl auf Einzelgeschäfts- als auch auf Portfolioebene. Für das gesamte Adressenausfallrisiko der Bank besteht ein unverändertes Limit von 55 Mio. €. Im Rahmen der Überwachung erfolgt der Abgleich der erfolgswirksamen Ausprägung der Risikovorsorge des laufenden Geschäftsjahres mit dem Limit; dieses Limit wurde zu keiner Zeit überschritten. Die unterjährig beobachteten Stresstestparameter bewegten sich im erwarteten Rahmen und erreichten die Schwellenwerte nicht. Es bestand kein Handlungsbedarf.

Die Ergebnisse der Analysen des Risikocontrollings zu Risikokonzentrationen und Stresstests werden laufend den zuständigen Entscheidungsgremien berichtet, die sofern erforderlich umgehend Steuerungsmaßnahmen einleiten.

Die Einhaltung der Großkreditgrenzen wird täglich überwacht und ihre Entwicklung dem Vorstand monatlich berichtet. Die standardisiert strukturierte Risikoberichterstattung, die neben Sachverhaltsdarstellungen auch Risikobeurteilungen und Handlungsvorschläge enthält, erfolgt quartalsweise. Ad-hoc-Berichte werden an den Vorstand bei Überschreiten festgelegter Schwellenwerte formulargestützt erstellt und durchlaufen einen geregelten Prozess.

Wertpapiere für den Anlagebestand, die vom Bereich Treasury - unter Beachtung von Restriktionen hinsichtlich Adressen, Volumina, Ratingklassen und Laufzeiten - erworben werden, beschränken sich auf Emittenten mit Ratingnoten im Investment Grade Bereich.

Die Steuerung und Überwachung der Beteiligungen erfolgen im Beteiligungsmanagement sowie im Controlling im Rahmen der Funktionstrennung sicherstellender geregelter Prozesse. In allen Fällen handelt es sich um strategische Beteiligungen.

Das dem Adressenausfallrisiko zugeordnete Länderisiko spielt aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung und des regionalen Schwerpunkts der IB.SH eine untergeordnete Rolle.

Das Risikocontrolling berichtet über für Adressenausfallrisiken ermittelte Risikokonzentrationen und Stresstests (historisch basierter Ansatz sowie hypo-

Abb. 4 : Gesamtbestand an Wertberichtigungen und Rückstellungen im Kreditgeschäft

Einzelwertberichtigungen (EWB) und Rückstellungen (RSt) für das Kreditgeschäft in Mio. €		EWB/RSt-Quote*		Pauschalwertberichtigungen in Mio. €	
Vorjahr	31.12.2015	Vorjahr	31.12.2015	Vorjahr	31.12.2015
120,1	107,2	0,61 %	0,55 %	15,0	14,4

\*bezogen auf das Kreditvolumen

thetischer Ansatz). Außerdem existiert ein integrativer, alle Risikoarten umfassender Stresstest, bei dem ein schwerer konjunktureller Abschwung unterstellt wird.

Im Rahmen eines geregelten Prozesses erfolgt im monatlichen Turnus die Bewertung der Forderungen unter Verwendung eines festgelegten Kriterienkataloges.

Die Solvabilitäts-Kennziffer gemäß CRR bewegte sich im Berichtsjahr zwischen 14,8 und 16,2 und lag zum 31.12.2015 bei 14,8. Die anrechenbaren Eigenmittel zum 31.12.2015 betragen 1.239 Mio. €.

#### 4.4. Marktpreisrisiken

Das für die IB.SH relevante Marktpreisrisiko betrifft die möglichen zukünftigen Marktwertschwankungen von Positionen aufgrund von Änderungen der Zinsstruktur (Zinsänderungsrisiken). Sonstige Marktpreisrisiken (Währungsrisiken, Aktienkursrisiken sowie sonstige Preisrisiken) geht die IB.SH nicht ein. Als Nicht-Handelsbuchinstitut betreibt die IB.SH Derivategeschäfte ausschließlich zur Absicherung von Zinsrisiken im Anlagebuch. Handelsbestände bestehen in der Bank nicht.

Im Geschäftsjahr wurden, wie in den Vorjahren, Zinstauschvereinbarungen zur Absicherung der Gesamtzinsposition (macro hedge) abgeschlossen.

Die Risikoermittlung und -überwachung der Bank beinhaltet sämtliche Zinsänderungsrisiken. In der IB.SH beruht die Messung und Steuerung von Marktpreisrisiken auf dem barwertorientierten Value-at-Risk-Ansatz (VaR-Ansatz). Der VaR stellt die mögliche Wertänderung eines Portfolios aus Finanzinstrumenten aufgrund von Schwankungen der Bewertungsparameter dar. Mit dem Berechnungsverfahren wird die mögliche Wertänderung ermittelt, die bei einer unterstellten vierzigtägigen Haltedauer mit einer Wahrscheinlichkeit von 99 % nicht überschritten werden würde. Zur Prognose werden Zeitreihen von

Zinssätzen von sämtlichen Handelstagen seit dem 01.06.2003 verwendet. Das in dieser Weise ermittelte Risikopotenzial wird der eingeräumten Verlustgrenze (Limit) gegenübergestellt und wöchentlich an den Vorstand, den Bereich Unternehmenscontrolling und das Treasury berichtet.

Das Limit für Marktpreisrisiken besteht unverändert in Höhe von 60 Mio. €. Im Berichtsjahr kam es zu keiner Limitüberschreitung.

Per 31.12.2015 betrug der VaR 46,1 (Vj. 39,7) Mio. €, was bei dem gegebenen Limit eine Auslastungsquote in Höhe von 76,8 (Vj. 66,7) % ergibt.

Innerhalb des Back-Testing-Verfahrens wird ein Vergleich zwischen dem prognostizierten zu erwartenden Höchstverlust (Konfidenzniveau von 99 %) jeweils vom ersten auf den einundvierzigsten Handelstag (dem VaR) und der tatsächlich eingetretenen Barwertveränderung des Portfolios durchgeführt. Hierbei wird für jeden Testvorgang ein Zeitraum von allen Handelstagen seit dem 01.06.2003 zugrunde gelegt. 2015 lag die Anzahl der „Ausreißer“ im Rahmen der definierten Toleranz.

Außerdem existieren Stresstest-Verfahren, welche die Krisenfestigkeit der Bank anhand äußerst extremer Marktentwicklungen prüfen. Sie beruhen zum einen auf dem Modell des Internationalen Währungsfonds (IWF) bzw. der Deutschen Bundesbank und zum anderen auf einem Modell gemäß Basel II. Nach IWF/Deutsche Bundesbank darf die regulatorische Eigenkapitalquote von 8 % nicht unterschritten werden; gemäß Basel II (aktuell: + 200 BP / - 200 BP) soll die Marktwertänderung des Portfolios 20 % der anrechenbaren Eigenmittel nicht übersteigen. Beide Prüfkriterien hat die Bank auch im Jahr 2015 jederzeit erfüllt.

Kündigungsrisiken aufgrund des § 489 BGB sowie vertragliche Sonderkündigungsrechte in einzelnen Kreditverträgen werden von der Bank identifiziert

und unter festgelegten Annahmen in die Risikosteuerung einbezogen.

#### 4.5. Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko wird im Rahmen der Liquiditätspolitik und -planung berücksichtigt. Für die Festlegung von Rahmenbedingungen und Strategien zur Planung und Steuerung der Liquidität unterbreitet der Steuerungsausschuss dem Vorstand bei Bedarf entsprechende Entscheidungsvorschläge. Die Steuerung der Liquiditätsrisiken und -transformation sowie der damit verbundenen aufsichtsrechtlichen (wie Mindestreserve, Liquiditätskennzahl, LCR, NSFR) und betriebswirtschaftlichen Risiken wird im Treasury vorgenommen.

Eine breite Diversifizierung der Kontrahenten und die Haftungsinstitute des Landes Schleswig-Holstein (Gewährträgerhaftung, Anstaltslast und Refinanzierungsgarantie) stellen auch in schwierigen Zeiten sicher, dass die IB.SH über die erforderliche Liquidität verfügt.

Die IB.SH hat zur Berechnung des Liquiditätsrisikos mit Fokus auf Veränderungen der Liquiditätskosten ein eigenes Verfahren. Das Limit in unveränderter Höhe von 2 Mio. € für Risiken aus zusätzlichen Liquiditätskosten wurde im Berichtszeitraum zu keiner Zeit überschritten, die Inanspruchnahme lag per 31.12.2015 unter Berücksichtigung der jeweils durchschnittlichen Nettotagesgeldaufnahme und Liquiditätskosten bei 0,12 Mio. €. Auch im Stressszenario (Verdopplung der Schwankungsbreiten der Einflussfaktoren) wird das festgelegte Limit nicht überschritten. Außerdem besteht ein Verfahren zur Messung und Überwachung kurzfristiger Liquiditätsrisiken, bei dem der Aktivüberhang stets durch das freie Pfanddepot gedeckt sein soll.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Bestimmungen überwacht der Bereich Unternehmenscontrolling. Zum 31.12.2015 betrug der Koeffizient gemäß Liquiditätsverordnung/CRR (Liquiditätskenn-

zahl) der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) 3,32 (Vj. 8,32). Die Untergrenze von 1,0 wurde während des gesamten Geschäftsjahres nicht erreicht.

Für die Abdeckung des maximalen Liquiditätsbedarfs innerhalb der ersten 12 Monate verfügt die IB.SH über eine ausreichende Back-up-Liquidität auf Grundlage bestehender Kreditfazilitäten.

Ein Liquiditätsnotfallplan der Bank regelt Maßnahmen im Falle eines Liquiditätsengpasses.

#### 4.6. Operationelle Risiken

Die IB.SH ermittelt die operationellen Risiken bei der Eigenkapitalunterlegung nach dem Basisindikatoransatz. Darüber hinaus werden die Methoden zur Überwachung und Steuerung operationeller Risiken weiterhin fortlaufend verfeinert.

Statistische historische Daten zu Schadensfällen unterschiedlicher Kategorien, die seit 2008 EDV-technisch bearbeitet werden, sollen mittelfristig ein validiertes Backtesting der operationellen Risiken ermöglichen.

Im organisatorischen Bereich wird die schriftlich fixierte Ordnung regelmäßig überprüft und angepasst, um das Sicherheitsniveau der Bank kontinuierlich zu erhöhen.

Die IT-Ausstattung der Bank wird regelmäßig auf der Basis eines festgelegten Prozesses auf Angemessenheit, Funktionsfähigkeit und Sicherheit untersucht und bei Bedarf auf die Anforderungen angepasst.

Auf Basis der Personalstrategie tragen Konzepte der Auswahl, der Einarbeitung, des Einsatzes, der Bindung sowie der Förderung und Entwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dazu bei, Risiken im Bereich Personal, insbesondere mit Blick auf die demografische Entwicklung, zu minimieren.

Rechtsrisiken begegnet die IB.SH insbesondere durch die eingerichtete Compliance-Organisation.

Die geregelte Projektorganisation der Bank identifiziert, projiziert und priorisiert systematisch den Handlungsbedarf der Bank im Rahmen der rollierenden Projekt-Masterplanung. Risiken im Zusammenhang mit Projekten werden durch die Projektleitung systematisch identifiziert und im Rahmen eines standardisierten Prozesses an das Risikocontrolling kommuniziert.

Die operationellen Risiken und die entstandenen Schäden dieser Risikoart werden in der OpRisk-Datenbank erfasst und dort verarbeitet. Die ermittelten Risiken lagen per 31.12.2015, wie auch innerhalb des Jahres 2015, unterhalb des unveränderten Limits in Höhe von 4 Mio. €. Das Regelwerk für das entsprechende Berichtswesen beinhaltet quartalsweise Berichte an den Vorstand und spezielle Bereiche sowie Kriterien für anlassbezogene Reports.

Nicht zuletzt prüft die Interne Revision, als Teil des internen Kontrollsystems, nach risikoorientierter Auswahl der Prüfungsfelder die Funktionsfähigkeit des internen Kontrollsystems und sorgt durch ihre Feststellungen für eine kontinuierliche Verminderung operationeller Risiken.

Zusammenfassend wird festgestellt, dass die Tragfähigkeit der identifizierten und bewerteten Risiken der IB.SH vollumfänglich gegeben ist.

## **5. Chancen- und Prognosebericht**

Ausgehend von den derzeitigen Rahmenbedingungen der IB.SH wird für das Jahr 2016 folgende Entwicklung erwartet.

Die stabile wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland dürfte sich auch im kommenden Jahr fortsetzen. Für Deutschland rechnet der „Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ in seinem Jahreshesgutachten 2015/16 mit

einem Wachstum in 2016 von 1,6 %. Auch der Euro-Raum dürfte sich nach Meinung der Wirtschaftsweisen mit einem Zuwachs des BIP in Höhe von 1,5 % auf ähnlichem Niveau entwickeln.

Neben den sich derzeit mehrenden Anzeichen für eine wirtschaftliche Schwächephase in China stellt die negative wirtschaftliche Entwicklung in einigen rohstoffexportierenden Schwellenländern ein sich manifestierendes Risiko für die weltwirtschaftliche Entwicklung dar. Besondere Bedeutung kommt dabei dem Ölpreis zu, der sich gegenüber dem Hoch von 2008 mit einem Preis von rund 147 US\$ pro Barrel derzeit auf einem Niveau von 30 US\$ bewegt. Nach Expertenmeinungen hat die Preisentwicklung weiteres Potenzial nach unten und könnte – ohne das Auftreten relevanter politischer Krisen – im kommenden Jahr sogar deutlich unter 20 US\$ sinken. Die Zahlungsfähigkeit von stark auf den Erdöllexport ausgerichteten Volkswirtschaften wird damit in Frage gestellt, wobei ein tatsächlicher Zahlungsausfall wiederum mit nicht unwesentlichen Risiken für die Stabilität des Weltfinanzsystems verbunden wäre.

Die in den letzten Jahren immer weiter gesunkenen Marktzinsen belasten die Erträge von Banken und Versicherungsunternehmen. Für die Ertragslage der Finanzwirtschaft von erheblicher Bedeutung ist daher die Frage, ob die derzeitige Niedrigzinsphase weiter anhält. 2015 hatte die EZB ihre expansive Geldpolitik durch das Staatsanleihekaufprogramm nochmals ausgeweitet. Auch wenn absehbar von einem weiterhin sehr niedrigen bis negativen Zinsniveau ausgegangen wird, erscheint angesichts der verbesserten konjunkturellen Entwicklung auch ein Ende des EZB-Bilanzwachstums und die Einleitung einer Zinswende möglich bzw. wird im Herbstgutachten der Wirtschaftsweisen sogar deutlich empfohlen.

Neben den weiterhin relevanten zentralen Herausforderungen wie dem demographische Wandel, der Globalisierung und der Digitalisierung wird als we-

sentlicher Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung die dramatisch zunehmende Flüchtlingsmigration in Europa in den Fokus rücken. Es ist unter anderem davon auszugehen, dass vor allem die Nachfrage nach privatem Wohnraum mittelfristig steigen wird sowie umfassende Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration notwendig werden dürften.

Insbesondere bei der Bereitstellung von Wohnraum kann die IB.SH bereits mit ihrem bestehenden Produktportfolio einen wichtigen Beitrag leisten. Als Kompetenzträger in diesem Bereich wird sie angesichts der aktuellen Herausforderungen in Zukunft verstärkt Verantwortung für das Land übernehmen. Dies bedeutet unter anderem, dass in der sozialen Wohnraumförderung ein wesentlicher Schwerpunkt auf der Förderung von Neubauvorhaben im Rahmen des Sonderprogramms „Erleichtertes Bauen“ liegen wird. Hierbei wird zuvorderst die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum mit einer temporären Unterbringungsmöglichkeit von Flüchtlingen im Mittelpunkt stehen.

Das Produktivitätswachstum in Deutschland ist weiterhin schwach, wobei allerdings allein daraus nicht geschlossen werden kann, dass eine generelle Investitionsschwäche besteht. Es erscheint jedoch ange raten, die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für private Investitionen und Innovationen weiter zu verbessern, um damit auch positive Produktivitätseffekte zu erreichen. Dies ist vor allem bedeutsam mit Blick auf den digitalen Wandel, der nach Expertenmeinungen unter dem Begriff „Industrie 4.0“ zunehmend im verarbeitenden Gewerbe produktivitätssteigernde Wirkung entwickeln wird. Um auf der für die Zukunft entscheidenden Ebene des digitalen Wandels Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten und auszubauen, bedarf es neben Finanzierungsmitteln auch gut ausgebildeter Fachkräfte und einer bestmöglichen Infrastruktur.

Die IB.SH erwartet, dass ihrem Engagement in diesem Bereich – z. B. mit dem Produkt IB.SH Breit-

band – weiterhin eine nennenswerte Bedeutung bei der Unterstützung dieser Entwicklung in Schleswig-Holstein zukommt.

Mit dem Thema gesamtwirtschaftliche Produktivität verknüpft ist auch der demographische Wandel, dessen vielfältige Auswirkungen die Rahmenbedingungen der IB.SH weiter zunehmend prägen werden. So hat die demographische Entwicklung bereits negative Auswirkungen auf die Gründungsdynamik in Deutschland, die unter anderem deshalb in den vergangenen Jahren stetig zurückgegangen ist. Dabei sind junge Unternehmen von gewichtiger Bedeutung für eine positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Darüber hinaus kommt es in einer älter werdenden Gesellschaft zu einer steigenden Zahl von Unternehmensnachfolgen und es ist mit einem verstärkten Unterstützungsbedarf zu rechnen, um den damit verbundenen Prozess möglichst reibungslos zu gestalten. Um sowohl Gründungen als auch Unternehmensnachfolgen in Schleswig-Holstein bedarfsorientiert zu unterstützen, wird die IB.SH im Jahr 2016 das neue Förderprogramm „Gründung und Nachfolge“ in ihr Produktportfolio aufnehmen.

Aufgrund der Bedeutung der Energiewende für das Land Schleswig-Holstein ist dieses Thema weiterhin eine bedeutende Querschnittsaufgabe in der IB.SH. Die oben skizzierten Entwicklungen beeinflussen auch die Entwicklung in diesem Bereich, und die IB.SH wird dies bei Ihrem Förderengagement berücksichtigen.

Neben der aktiven Adressierung von spezifischen und aktuellen Förderbedarfen wird die IB.SH gleichermaßen bei der grundsätzlichen Sicherstellung der Kreditversorgung in Schleswig-Holstein, insbesondere auch für kleine Unternehmen, auch zukünftig als verlässlicher Partner zur Verfügung stehen.

Im Bereich des Bankaufsichtsrechts sind in den letzten Jahren bereits eine Reihe von durchgreifenden Ausweitungen erfolgt. Darüber hinaus stehen unmit-

telbar weitere Veränderungen und Neuerungen im Regulierungsbereich an, die von der IB.SH mit nicht unerheblichem Aufwand umgesetzt werden müssen. Dazu zählen unter anderem die Novellierung der MaRisk, die Umsetzung der Anforderungen im Zusammenhang mit dem „Analytical Credit Dataset“ sowie die Erarbeitung einer Sanierungsplanung. Darüber hinaus hat die Dotierung des einheitlichen Bankenabwicklungsfonds begonnen, wobei wie andere Förderbanken auch die IB.SH verpflichtet ist, einen Beitrag zu leisten. Insgesamt ist davon auszugehen, dass der mit den Verschärfungen des Aufsichtsrechts verbundene einmalige als auch wiederkehrende Aufwand die Bankenbranche weiterhin nachhaltig belasten wird. Auch die IB.SH wird verstärkt Ressourcen einsetzen müssen, um die Anforderungen zu erfüllen.

Mit der erfolgreichen Emission von Inhaberschuldverschreibungen in den Jahren 2014 und 2015 sowie der bestmöglichen Ratingeinstufung durch die Agentur Fitch hat die IB.SH ihre Refinanzierungsbasis deutlich verbreitert. Nicht zuletzt deshalb wird auch zukünftig die Chance flexibler Refinanzierungsmöglichkeiten gesehen.

Im Fördergeschäft wird mit einem Neugeschäftsvolumen unter dem des Berichtsjahres gerechnet. Unter anderem wirkt sich der Sättigungsgrad beim Ausbau der erneuerbaren Energie weiter dämpfend aus. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus sowie erwarteter hoher außerplanmäßiger Tilgungen ist tendenziell von sinkenden Förderkreditbeständen auszugehen. Im Anlagegeschäft liegt die Priorität auf dem Ersatz auslaufender Wertpapiere durch Anschlussgeschäfte. Hierbei ist davon auszugehen, dass vor dem Hintergrund des bestehenden Niedrigzinsumfeldes Anschlussgeschäfte in potenziell risikoarme Adressen nur sukzessive und zu geringeren Margen vorgenommen werden können.

Insgesamt wird vor diesem Hintergrund ein Zinsüberschuss unter dem des Berichtsjahres erwartet. Für die strategischen Beteiligungen wird auch für das Jahr 2016 eine solide Geschäftsentwicklung erwartet. Insgesamt ist für das Jahr 2016 ein Jahresüberschuss in Höhe von wiederum 3,0 Mio. € geplant.

Kiel, 21. März 2016



Erk Westermann-Lammers  
Vorsitzender des Vorstandes



Dr. Michael Adamska  
Vorstand



**JAHRESBILANZ DER INVESTITIONSBANK SCHLESWIG-HOLSTEIN ZUM 31. DEZEMBER 2015**

<b>Aktiva</b>					
	€	€	€	€	Vorjahr €
1. Barreserve					
a) Kassenbestand			2.706,99		3.567,79
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken			623.880,14		5.332.609,25
darunter:				626.587,13	5.336.177,04
bei der Deutschen Bundesbank	623.880,14				
	(Vorjahr 5.332.609,25)				
2. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig			104.379.222,99		231.152.297,90
b) andere Forderungen			4.200.861.474,84		4.167.031.478,52
				4.305.240.697,83	4.398.183.776,42
3. Forderungen an Kunden				10.411.974.292,87	9.984.060.342,02
darunter:					
durch Grundpfandrechte gesichert	555.390,01				
	(Vorjahr 642.907,13)				
Kommunalkredite	3.887.882.422,42				
	(Vorjahr 4.094.643.095,74)				
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Geldmarktpapiere					
aa) von öffentlichen Emittenten		0,00			
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	0,00				
	(Vorjahr 0,00)				
ab) von anderen Emittenten		399.850.111,01	399.850.111,01		49.928.321,88
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	399.850.111,01				
	(Vorjahr 49.928.321,88)				
b) Anleihen und Schuldverschreibungen					
ba) von öffentlichen Emittenten		536.723.481,15			
darunter:					
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	536.723.481,15				
	(Vorjahr 956.300.567,88)				
bb) von anderen Emittenten		1.947.990.186,99	2.484.713.668,14		3.045.520.627,93
darunter:				2.884.563.779,15	3.095.448.949,81
beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.947.990.186,99				
	(Vorjahr 1.998.611.860,02)				
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere				9.968.620,00	9.960.790,00
6. Beteiligungen				12.112.600,30	12.107.100,30
7. Anteile an verbundenen Unternehmen				111.552.023,61	111.552.023,61
8. Treuhandvermögen				776.154.994,31	712.876.921,25
darunter:					
Treuhandkredite	498.254.402,94				
	(Vorjahr 522.370.220,93)				
9. Immaterielle Anlagewerte				1.760.176,56	1.164.930,04
10. Sachanlagen				7.443.078,26	7.599.271,57
11. Sonstige Vermögensgegenstände				650.184,24	3.313.097,54
12. Rechnungsabgrenzungsposten				3.712.097,88	1.923.663,55
<b>Summe der Aktiva</b>				<b>18.525.759.132,14</b>	<b>18.343.527.043,15</b>

**JAHRESBILANZ DER INVESTITIONSBANK SCHLESWIG-HOLSTEIN ZUM 31. DEZEMBER 2015**

<b>Passiva</b>				
	€	€	€	Vorjahr €
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		760.436,72		294.899.723,30
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		11.913.147.684,54		12.376.376.133,06
			11.913.908.121,26	12.671.275.856,36
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) täglich fällig		479.911.320,75		385.374.535,48
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		1.569.293.230,72		1.627.452.674,93
			2.049.204.551,47	2.012.827.210,41
3. Verbindlichkeiten der Investitionsbank aus der Förderung mit Bundesmitteln mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist von vier Jahren oder länger			240.926.972,97	259.449.632,51
4. Verbriefte Verbindlichkeiten				
a) begebene Schuldverschreibungen		1.001.331.967,21		
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		0,00		
darunter:			1.001.331.967,21	500.058.916,67
Geldmarktpapiere	0,00			
	(Vorjahr 0,00)			
5. Treuhandverbindlichkeiten		776.154.994,31		
darunter:			776.154.994,31	712.876.921,25
Treuhandkredite	498.195.802,91			
	(Vorjahr 522.370.220,93)			
6. Sonstige Verbindlichkeiten			39.133.962,03	35.879.828,21
7. Rechnungsabgrenzungsposten			29.724.479,55	33.663.144,39
8. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		56.260.766,00		50.260.802,00
b) andere Rückstellungen		31.492.815,48		30.980.524,47
			87.753.581,48	81.241.326,47
9. Fonds für Zinsausgleich			889.664.797,17	889.544.491,61
10. Sonderposten für allgemeine Bankrisiken			338.608.867,74	0,00
11. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		100.000.000,00		100.000.000,00
b) Kapitalrücklage		1.022.201.560,01		1.009.564.438,33
c) Gewinnrücklagen		34.145.276,94		34.145.276,94
d) Bilanzgewinn		3.000.000,00		3.000.000,00
			1.159.346.836,95	1.146.709.715,27
<b>Summe der Passiva</b>			<b>18.525.759.132,14</b>	<b>18.343.527.043,15</b>
1. Eventualverbindlichkeiten				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			543.377.241,05	593.882.574,32
2. Andere Verpflichtungen				
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen			500.735.727,85	547.283.750,27

**GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR BIS 31. DEZEMBER 2015**

	€	€	€	€	Vorjahr €
1. Zinserträge aus					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften		468.268.062,41			508.011.078,25
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		68.937.588,50			78.158.683,28
			537.205.650,91		586.169.761,53
2. Zinsaufwendungen			429.875.851,30		485.902.093,61
				107.329.799,61	100.267.667,92
3. Laufende Erträge aus					
a) Beteiligungen			1.152,00		1.152,00
b) Anteilen an verbundenen Unternehmen			8.594.547,69		8.221.629,67
				8.595.699,69	8.222.781,67
4. Provisionserträge			7.073.501,90		8.151.068,96
5. Provisionsaufwendungen			4.882.865,81		4.007.156,08
				2.190.636,09	4.143.912,88
6. Sonstige betriebliche Erträge				12.172.496,35	9.873.269,87
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen					
a) Personalaufwand					
aa) Löhne und Gehälter		31.406.463,60			29.431.260,24
ab) Soziale Abgaben und Auf- wendungen für Altersversor- gung und für Unterstützung		11.441.495,36			9.442.900,17
darunter:			42.847.958,96		38.874.160,41
für Altersversorgung	5.825.596,27				
	(Vorjahr 4.316.204,88)				
b) andere Verwaltungsaufwendungen			17.036.811,98		16.267.295,33
				59.884.770,94	55.141.455,74
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen				815.158,48	801.950,74
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen				4.536.223,22	8.988.506,56
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpa- piere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft darunter: Zuführung zum Sonderposten für allgemeine Bankrisiken:	338.608.867,74			62.036.035,53	54.867.678,14
	(Vorjahr 0,00)				
11. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligun- gen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				0,00	344.300,00
12. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				3.016.443,57	3.052.341,16
13. Außerordentliche Erträge				0,00	0,00
14. Außerordentliche Aufwendungen				0,00	0,00
15. Außerordentliches Ergebnis				0,00	0,00
16. Steuern vom Einkommen und Ertrag				6.281,49	42.428,51
17. Sonstige Steuern				10.162,08	9.912,65
18. Jahresüberschuss				3.000.000,00	3.000.000,00
19. Gewinn-/ Verlustvortrag aus dem Vorjahr				0,00	0,00
20. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen				0,00	0,00
21. Bilanzgewinn				3.000.000,00	3.000.000,00

# Anhang

## **Anhang der Investitionsbank Schleswig-Holstein zum 31.12.2015**

Die Investitionsbank Schleswig-Holstein (IB.SH) unterstützt das Land Schleswig-Holstein als zentrales Förderinstitut in der Umsetzung wirtschafts- und strukturpolitischer Aufgaben. Die IB.SH berät in allen Förderfragen und vergibt Fördermittel für die Wirtschaft, den Wohnungsbau, Kommunen, Arbeitsmarkt- und Ausbildungsmaßnahmen, Umwelt- und Energieprojekte und den Städtebau sowie den Agrarbereich. Die IB.SH beachtet dabei die Grundsätze und Ziele der staatlichen Förderpolitik sowie die Bestimmungen der Europäischen Union.

## **Allgemeine Angaben**

Der Jahresabschluss der IB.SH ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) sowie nach der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) und unter Beachtung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) erstellt.

Die Gliederung von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt nach den Formblättern der RechKredV. Auf der Passivseite hat die IB.SH das Formblatt 1 im Einklang mit § 265 Abs. 5 Satz 2 HGB um zwei Ausweispositionen ergänzt. Es handelt sich hierbei um die Passivposten „Verbindlichkeiten der IB.SH aus der Förderung mit Bundesmitteln“ und „Fonds für Zinsausgleich“.

Die IB.SH ist gemäß § 340i Abs. 1 HGB in Verbindung mit § 290 HGB grundsätzlich verpflichtet, einen Konzernabschluss und einen Konzernlagebericht zu erstellen. Da die Tochtergesellschaften der IB.SH jeweils einzeln und zusammen für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage jedoch von untergeordneter Bedeutung sind, wird das Wahlrecht des § 296 Abs. 2 HGB in Anspruch genommen und kein Konzernabschluss aufgestellt.

Der Jahresabschluss der IB.SH wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die IB.SH ist Mitglied des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschland (VÖB). Aufgrund des Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetzes gehört die IB.SH der Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH (EdÖ) an.

Gemäß Teil 8 der CRR (Artikel 435 bis 455) offenzulegende Inhalte sind zum Teil im Lagebericht enthalten. Die weiteren Angaben werden in einem separaten Offenlegungsbericht dargelegt und auf der Homepage der IB.SH veröffentlicht.

#### **Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Kennziffern**

Die IB.SH hat die gemäß EU-Verordnung 575/2013 (CRR) geltenden Vorschriften über das Eigenkapital und die Liquiditätskennziffer gemäß § 11 Kreditwesengesetz (KWG) im abgelaufenen Geschäftsjahr stets eingehalten.

#### **Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze**

Die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden sowie der schwebenden Geschäfte erfolgt nach den Vorschriften der §§ 340 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 252 ff. HGB.

Bestände in Fremdwährung bestehen nicht.

Forderungen werden zum Nennwert bzw. zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert (strenges Niederstwertprinzip) ausgewiesen. Unterschiedsbeträge werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Allen erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen ausreichend Rechnung getragen. Das latente Risiko im Kreditgeschäft wird durch Pauschalwertberichtigungen abgedeckt. Die Berechnung der Pauschalwertberichtigungen erfolgt in Anlehnung an das vom BMF mit Schreiben vom 10.01.1994 für Kreditinstitute empfohlene Verfahren. Einzel- und Pauschalwertberichtigungen sowie Vorsorgereserven nach § 340f HGB werden aktivisch von den Forderungsbeständen abgesetzt.

Die zum Bilanzstichtag ermittelten anteiligen Zinsen werden gemäß RechKredV mit der zugrunde liegenden Forderung oder Verbindlichkeit bilanziert.

Anteilige Zinsen aus Zinsswaps werden periodengerecht abgegrenzt. Der Ausweis erfolgt in den Positionen Forderungen an und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind handelsrechtlich dem Anlagebestand zugeordnet und werden grundsätzlich bis zum Ende der Fälligkeit gehalten. Die Bewertung

erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Unterschiedsbeträge zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbetrag werden laufzeitanteilig erfolgswirksam gebucht. Geldmarktpapiere mit einer Ursprungslaufzeit bis zu einem Jahr werden der Liquiditätsreserve zugeordnet und zum Niederstwert bewertet.

Für Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Anlagebestandes mit einem Buchwert von 197,2 (Vj. 324,0) Mio. € wurden Marktwerte in Höhe von 194,4 (Vj. 320,8) Mio. € ermittelt. Unter Anwendung des gemilderten Niederstwertprinzips wurde auf Abschreibungen verzichtet, da keine Anzeichen für eine dauerhafte Verschlechterung der Bonität der Emittenten vorlagen.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bilanziert. Bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung werden Abschreibungen auf den niedrigeren beizulegenden Wert vorgenommen.

Gegenstände des Sachanlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden in Anlehnung an die steuerlichen AfA-Tabellen abgeschrieben. Dies gilt auch für die unter „Immaterielle Anlagewerte“ bilanzierte Software. Für geringwertige Wirtschaftsgüter im Sinne des § 6 Abs. 2a EStG wurde ein Sammelposten gebildet, der über 5 Jahre linear abgeschrieben wird.

Verbindlichkeiten werden mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Unterschiedsbeträge zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag werden in die Rechnungsabgrenzung eingestellt und planmäßig aufgelöst.

In der Position „Verbindlichkeiten der IB.SH aus der Förderung mit Bundesmitteln“ werden die bis zum 31. Dezember 2006 zugeflossenen Mittel des Bundes gezeigt, die in der Sozialen Wohnraumförderung eingesetzt werden.

Die Berechnung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen erfolgte auf den Stichtag 31. Dezember 2015 unter Verwendung der Projected Unit Credit Method. Der Berechnung liegen die Heubeck-Richttafeln 2005 G zugrunde. Folgende versicherungsmathematische Annahmen wurden für die Berechnung der Rückstellung zugrunde gelegt:

In %	31.12.2015	31.12.2014
Rechnungszins	3,94*	4,58*
Gehaltsdynamik	2,00	2,00
Rentendynamik	2,00 bzw. 1,00 (VBL)	2,00 bzw. 1,00 (VBL)
Trend der Beitragsbemessungsgrenze	2,00	2,00

\*Zinssatz vom 30.11.

Folgende Fluktuation wurde ermittelt: 6 % bis zum Alter 30, linear auf 0 % im Alter 55 fallend, ab Alter 56 keine Fluktuation.

Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist. Bei der Bewertung des Erfüllungsbetrages wurde eine Kostensteigerung von 2 % p.a. berücksichtigt. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit fristadäquaten Zinssätzen abgezinst, die von der Deutschen Bundesbank bekannt gegeben worden sind. Bei Rückstellungen mit einer Restlaufzeit unter einem Jahr wird auf eine Abzinsung verzichtet.

Der „Fonds für Zinsausgleich“ stellt eine Wertkorrektur für die ausgezahlten und auf der Aktivseite zum Nominalwert ausgewiesenen nicht kongruent refinanzierten unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen aus dem Fördergeschäft der IB.SH dar. Für die in den Jahren 1995 bis 1998 ausgezahlten unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Forderungen hat sich das Land Schleswig-Holstein verpflichtet, diese Förderdarlehen auf Anfordern zum Nennwert zu übernehmen. Durch den Fonds für Zinsausgleich wird in jedem Fall eine verlustfreie Bewertung der Förderdarlehen gemäß § 253 Abs. 3 in Verbindung mit § 340e Abs. 1 HGB sichergestellt.

Zum Bilanzstichtag fand eine Überprüfung des Abzinsungssatzes für die langfristigen un- bzw. niedrigverzinslichen Forderungen statt, die zu einer Anpassung von 4,3 % auf 3,8 % führte. Die sich hieraus ergebenden Auflösungsbeträge wurden im Wesentlichen der Bewertungsreserve für das zukünftige unterverzinsliche Neugeschäft zugeführt.

Auch für seit dem Jahr 2011 ausgezahlte Darlehen der Krankenhausfinanzierung hat das Land die Verpflichtung übernommen, diese auf Anfordern zum Nennwert zu übernehmen.

Im Jahr 2015 wurden erstmalig 338,6 Mio. € in den Sonderposten für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340 g HGB eingestellt. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um eine Umwidmung bereits in den Vorjahren gebildeter Vorsorgereserven gemäß § 340 f HGB. Im internen Risikomanagement bewertet die IB.SH die Zinsänderungsrisiken regelmäßig mit der Modernen Historischen Simulation, einem barwertigen Ansatz. Aus diesem Grund hat die Bank sich entschieden, auch bei der Beurteilung, ob handelsrechtlich eine verlustfreie Bewertung des Zinsbuchs vorliegt, auf den barwertigen Ansatz abzustellen. Danach weist das Zinsbuch unter der Berücksichtigung von Risiko- und Verwaltungskosten zum Stichtag stille Reserven aus. Eine Drohverlustrückstellung wurde daher nicht gebildet.

Im Rahmen von für Dritte erbrachte Dienstleistungen erhält die Bank Provisionen aus der Verwaltung von Treuhand- und Verwaltungskrediten.

Die Bank schließt Zinstauschvereinbarungen zur Absicherung der Gesamtzinsposition ab (macro-hedge). Es findet keine Zusammenfassung von Grundgeschäften und Sicherungsinstrumenten (Bewertungseinheiten) zum Zweck der bilanziellen Abbildung statt.

Im Zinsergebnis der Bank erfolgt ein Bruttoausweis der Erfolge aus Zinstauschvereinbarungen.

## Angaben und Erläuterungen zur Bilanz

### Aktiva

#### Forderungen an Kreditinstitute

Fristengliederung	31.12.2015 Mio. €	31.12.2014 Mio. €
täglich fällig	104,4	231,2
nach Restlaufzeiten		
• bis 3 Monate	270,5	177,5
• mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	373,5	374,9
• mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.318,2	1.369,5
• mehr als 5 Jahre	2.238,6	2.245,1
<b>Bilanzausweis</b>	<b>4.305,2</b>	<b>4.398,2</b>

#### Forderungen an Kunden

Fristengliederung	31.12.2014 Mio. €	31.12.2014 Mio. €
nach Restlaufzeiten		
• bis 3 Monate	302,0	251,5
• mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	557,8	670,4
• mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.197,2	2.093,5
• mehr als 5 Jahre	7.354,9	6.968,7
<b>Bilanzausweis</b>	<b>10.411,9</b>	<b>9.984,1</b>
darunter:		
mit unbestimmter Laufzeit	0,0	0,0

In den Forderungen an Kunden sind 51,4 (Vj. 52,5) Mio. € Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, ausgewiesen. Forderungen an verbundene Unternehmen sind in Höhe von 5,3 (Vj. 4,8) Mio. € enthalten.

## Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Börsenfähigkeit	31.12.2015 Mio. €	31.12.2014 Mio. €
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
• börsennotiert	2.484,7	3.045,5
• nicht börsennotiert	399,9	49,9
<b>Bilanzausweis</b>	<b>2.884,6</b>	<b>3.095,4</b>
darunter:		
im Folgejahr fällig	599,9	831,1

Fristengliederung	31.12.2015 Mio. €	31.12.2014 Mio. €
täglich fällig	0,00	0,00
nach Restlaufzeiten		
• bis 3 Monate	284,9	274,9
• mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	350,8	594,8
• mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.076,3	828,2
• mehr als 5 Jahre	1.172,6	1.397,5
<b>Bilanzausweis</b>	<b>2.884,6</b>	<b>3.095,4</b>

#### Aufteilung des Bestandes an Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren in Anlagebestand und Liquiditätsreserve

Im Gesamtbestand der Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere in Höhe von 2.884,5 Mio. € (Vj. 3.095,4 Mio. €) sind Geldmarktpapiere in Höhe von 399,8 Mio. € (Vj. 49,9 Mio. €) der Liquiditätsreserve zugeordnet.

#### In Pension gegebene Vermögensgegenstände

Der Buchwert der im Rahmen echter Pensionsgeschäfte in Pension gegebenen Wertpapiere beträgt am Bilanzstichtag 1.283,9 (Vj. 570,6) Mio. €.

## Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Börsenfähigkeit	31.12.2015 Mio. €	31.12.2014 Mio. €
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (Genussschein)		
• börsennotiert	10,0	10,0
• nicht börsennotiert	0	0
<b>Bilanzausweis</b>	<b>10,0</b>	<b>10,0</b>

## Nachrangige Vermögensgegenstände

Aufgliederung nach Bilanzposten	31.12.2015 Mio. €	31.12.2014 Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute	0,0	50,1
Forderungen an Kunden	10,0	12,7
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	30,2	60,3
<b>Insgesamt</b>	<b>40,2</b>	<b>123,1</b>

## Treuhandvermögen

Aufgliederung nach Bilanzposten	31.12.2015 Mio. €	31.12.2014 Mio. €
Forderungen an Kreditinstitute		
• täglich fällig	256,8	60,0
• andere Forderungen	37,3	150,2
Forderungen an Kunden		
• täglich fällig	0,2	0,2
• andere Forderungen	481,9	502,5
<b>Bilanzausweis</b>	<b>776,2</b>	<b>712,9</b>

## Sachanlagevermögen

	Immaterielle Anlagewerte Mio. €	Betriebs- und Geschäfts- ausstattung Mio. €	Grundstücke und Gebäude Mio. €	Darunter: eigen- genutzte Grund- stücke und Gebäude Mio. €
Hist. Anschaffungskosten	8,0	6,0	8,9	8,5
Zugänge	0,9	0,4	0,1	0,1
Abgänge	0,0	0,1	0,1	0,0
Zuschreibungen	0,0	0,0	0,0	0,0
Abschreibungen, kumuliert	7,1	5,3	2,5	2,5
Abschreibungen, lfd. Jahr	0,3	0,3	0,2	0,2
<b>Buchwert 31.12.2015</b>	<b>1,8</b>	<b>1,0</b>	<b>6,4</b>	<b>6,1</b>

## Finanzanlagevermögen

	Beteiligungen Mio. €	Anteile an verbundenen Unternehmen Mio. €	Wertpapiere <sup>1)</sup> Mio. €	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere Mio. €
Buchwert zum 01.01.2015	12,1	111,6	3.051,6	10,0
Zugänge	0,0	0,0	619,3	0,0
Zuschreibungen	0,0	0,0	0,7	0,0
Abgänge	0,0	0,0	825,9	0,0
Abschreibungen	0,0	0,0	0,7	0,0
<b>Buchwert 31.12.2015</b>	<b>12,1</b>	<b>111,6</b>	<b>2.845,0</b>	<b>10,0</b>

<sup>1)</sup> Der Bilanzausweis beinhaltet auch fällige und anteilige Zinsen in Höhe von 39,6 Mio. €.

## Sonstige Vermögensgegenstände

Der Bilanzausweis in Höhe von 650 T€ (Vj. 3.313 T€) beinhaltet im Wesentlichen Forderungen aus der Vorfinanzierung von Bauland über 554 T€ (Vorjahr 3.100 T€).

## Aktive Rechnungsabgrenzungen

	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€
Agien aus erworbenen Schuldscheindarlehen	24,2	33,0
Disagien aus begebenen Schuldscheindarlehen	89,0	106,2
Disagien aus begebenen Namenspapieren	583,6	610,6
Disagien aus begebenen Inhaberschuldverschreibungen	2.866,0	987,5
Sonstiges	149,3	186,4
<b>Bilanzausweis</b>	<b>3.712,1</b>	<b>1.923,7</b>

## Passiva

## Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

<b>Fristengliederung</b>	<b>31.12.2015 Mio. €</b>	<b>31.12.2014 Mio. €</b>
täglich fällig	0,8	249,9
nach Restlaufzeiten		
• bis 3 Monate	1.244,0	812,2
• mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.298,8	1.598,7
• mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	4.032,0	4.848,8
• mehr als 5 Jahre	5.338,3	5.116,7
<b>Bilanzausweis</b>	<b>11.913,9</b>	<b>12.671,3</b>

## Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

<b>Fristengliederung</b>	<b>31.12.2015 Mio. €</b>	<b>31.12.2014 Mio. €</b>
täglich fällig	479,9	385,4
nach Restlaufzeiten		
• bis 3 Monate	14,7	58,4
• mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	43,9	147,6
• mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	133,0	13,0
• mehr als 5 Jahre	1.377,7	1.408,4
<b>Bilanzausweis</b>	<b>2.049,2</b>	<b>2.012,8</b>

## Verbindlichkeiten der IB.SH aus der Förderung mit Bundesmitteln

<b>Fristengliederung</b>	<b>31.12.2015 Mio. €</b>	<b>31.12.2014 Mio. €</b>
nach Restlaufzeiten		
• bis 3 Monate	11,8	10,8
• mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	9,8	9,0
• mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	80,9	75,2
• mehr als 5 Jahre	138,4	164,4
<b>Bilanzausweis</b>	<b>240,9</b>	<b>259,4</b>

**Als Sicherheit übertragene Vermögensgegenstände**

Die IB.SH hat Darlehensforderungen aus dem Fördergeschäft in Höhe von 3.259,1 (Vj. 3.342,0) Mio. € als Sicherheiten für Verbindlichkeiten gegenüber der Kreditanstalt für Wiederaufbau (2.874,8 Mio. €) und der Landwirtschaftlichen Rentenbank (384,3 Mio. €) abgetreten.

Darüber hinaus wurden Kreditforderungen in Höhe von 546,1 Mio. € (Vj. 506,5) und Wertpapiere mit einem Buchwert von 271,4 (Vj. 496,8) Mio. € an die Deutsche Bundesbank verpfändet.

**Verbriefte Verbindlichkeiten**

Im Juli 2015 wurde eine weitere Inhaberschuldverschreibung in Höhe von 500,0 Mio. € emittiert. Der Ausgabekurs betrug 99,557 %. Nach Ermittlung des dem Berichtsjahr zuzuordnenden Disagioaufwandes beläuft sich der Restbetrag der Abgrenzung für den Gesamtbestand auf 2,9 Mio. €.

<b>Fristengliederung</b>	<b>31.12.2015 Mio. €</b>	<b>31.12.2014 Mio. €</b>
täglich fällig	0,0	0,0
nach Restlaufzeiten		
• bis 3 Monate	1,3	0,0
• mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	0,0	0,0
• mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	500,0	500,0
• mehr als 5 Jahre	500,0	0,0
<b>Bilanzausweis</b>	<b>1.001,3</b>	<b>500,0</b>
Darunter im Folgejahr fällig	1,3	0,0

Der Bilanzausweis beinhaltet auch fällige und anteilige Zinsen in Höhe von 1,3 Mio. €.

**Treuhandverbindlichkeiten**

<b>Aufgliederung nach Bilanzposten</b>	<b>31.12.2015 Mio. €</b>	<b>31.12.2014 Mio. €</b>
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
• täglich fällig	0,1	0,1
• andere Verbindlichkeiten	16,2	19,8
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden		
• täglich fällig	278,0	190,5
• andere Verbindlichkeiten	481,9	502,5
<b>Bilanzausweis</b>	<b>776,2</b>	<b>712,9</b>

### Sonstige Verbindlichkeiten

Der Bilanzausweis in Höhe von 39,1 (Vj. 35,9) Mio. € beinhaltet im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus erhaltenen Zuschüssen im Rahmen der EFRE-Fonds mit einem Betrag von 37,8 (Vj. 34,5) Mio. €.

### Passive Rechnungsabgrenzungen

	31.12.2015 Mio. €	31.12.2014 Mio. €
Disagien aus Darlehen	4,8	8,2
Disagien aus Schuldscheindarlehen und Namenspapieren	0,0	0,0
Ankauf von Forderungen zum Barwert	13,2	14,7
Sonstiges	11,7	10,8
<b>Bilanzausweis</b>	<b>29,7</b>	<b>33,7</b>

### Rückstellungen

Aufgrund der aktuellen Rechtslage wurden Rückstellungen für die Rückzahlung von Bearbeitungsgebühren und für falsche Widerrufsbelehrungen in Höhe von 3,8 (Vj. 4,6) Mio. € gebildet.

### Eigenkapital

In die Kapitalrücklage wurden Landesmittel in Höhe von 12,6 (Vj. 12,6) Mio. € eingestellt. Der Bilanzgewinn 2014 in Höhe von 3,0 Mio. € wurde an das Land abgeführt.

### Eventualverbindlichkeiten und andere Verpflichtungen

Bei den Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 543,4 (Vj. 593,9) Mio. € handelt es sich um Kreditbürgschaften.

Unwiderrufliche Kreditzusagen in Höhe von 500,7 (Vj. 547,3) Mio. € resultieren aus Auszahlungsverpflichtungen aus dem Fördergeschäft.

Die Eventualverbindlichkeiten aus Kreditbürgschaften stellen Kreditersatzgeschäft dar. Das Risiko der Inanspruchnahme wird im Rahmen der Kreditbewilligung auf Einzelgeschäftsebene eingeschätzt. Mögliche Gründe für eine Inanspruchnahme sind die im Kreditgeschäft branchenüblichen Risiken.

Auszahlungsverpflichtungen aus dem Fördergeschäft werden voraussichtlich in voller Höhe in Anspruch genommen.

## Angaben und Erläuterungen zur GuV

### Zinsergebnis

Im Geschäftsjahr ergaben sich aufgrund der anhaltenden Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank im kurzfristigen Bereich negative Zinssätze. Im Zinsergebnis der Bank sind positive Zinsen aus Geldaufnahmen in Höhe von 2,3 (Vj. 0,1) Mio. € sowie negative Zinsen aus Geldanlagen von 0,6 (Vj. 0,0) Mio. € enthalten.

### Sonstige betriebliche Erträge und Aufwendungen

Als wesentliche Einzelbeträge beinhalten die sonstigen betrieblichen Erträge Kosten-erstattungen in Höhe von 9,9 (Vj. 8,3) Mio. € .

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen entfällt ein Betrag von 1,9 (Vj. 5,8) Mio. € auf die Zuschussförderung in der sozialen Wohnraumförderung.

Die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen betragen 2,2 (Vj. 2,1) Mio. €.

### Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

Das Gesamthonorar des Abschlussprüfers stellt sich wie folgt dar:

	31.12.2015 T€	31.12.2014 T€
Abschlussprüfungsleistungen	220,2	192,5
Andere Bestätigungsleistungen	0,0	0,0
Steuerberatungsleistungen	0,0	0,0
sonstige Leistungen	61,0	3,0
<b>Insgesamt</b>	<b>281,2</b>	<b>195,5</b>

### Periodenfremde Aufwendungen und Erträge

Die Gewinn- und Verlustrechnung enthält keine periodenfremden Aufwendungen und Erträge.

## Sonstige Angaben

### Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 und 11a HGB

	Anteil am Kapital in v.H.	Eigenkapital in T€ <sup>1) 2)</sup>	Davon: Ergebnis in T€ <sup>2)</sup>
Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft Stormarn mbH, Bad Oldesloe	24,0	25.530	1.134
MBG Mittelständische Beteiligungsgesell- schaft Schleswig-Holstein mbH, Kiel	25,01	31.122	2.987
Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Kiel	50,6	62.771	7.454
NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH, Kiel	100,0	53	2
NordwestLotto Schleswig-Holstein GmbH & Co. KG, Kiel	100,0	3.961	4.804

<sup>1)</sup>Eigenkapital in der Definition der §§ 266 und 272 HGB

<sup>2)</sup>Vorjahreszahlen

### Derivategeschäft

Zum Bilanzstichtag hat die IB.SH die folgenden Derivate zur Absicherung von Zinsänderungsrisiken im Bestand. Bei den Kontrahenten handelt es sich ausnahmslos um Banken mit Sitz in einem OECD-Land. Die Marktbewertung erfolgte mittels der Discounted Cash-flow-Methode.

Zum Bilanzstichtag abgegrenzte Zinsen aus den Swapgeschäften werden unter den Forderungen an Kreditinstitute mit 40,7 (Vj. 40,3) Mio. € bzw. unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit 103,9 (Vj. 118,8) Mio. € ausgewiesen.

Mio. €	Restlaufzeit (Nominal)			Marktwerte	
	< = 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre	positive	negative
Zinsswaps	653,9	3.098,6	5.113,6	423,7	704,5

### Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

	weiblich	männlich	insgesamt	Vorjahr
Beschäftigte	329	218	547	527
davon: Teilzeitbeschäftigte	154	16	170	157

### **Gesamtbezüge und Darlehen der Organe und Ausschüsse**

Die Mitglieder des Vorstandes erhielten im abgelaufenen Geschäftsjahr Bezüge von insgesamt 590,9 (Vj. 573,5) T€, von denen 510,9 (Vj. 493,5) T€ erfolgsunabhängig und 80,0 (Vj. 80,0) T€ erfolgsabhängig gezahlt wurden. Vergütungsanteile mit langfristiger Anreizwirkung wurden nicht gezahlt. An den Vorstandsvorsitzenden wurden 284,8 (Vj. 274,9) T€ erfolgsunabhängig und 40,0 (Vj. 40,0) T€ erfolgsabhängig gezahlt. Das zweite Vorstandsmitglied erhielt 226,1 (Vj. 218,6) T€ erfolgsunabhängige sowie 40,0 (Vj. 40,0) T€ erfolgsabhängige Bezüge.

Die Gesamtbezüge ehemaliger Mitglieder des Vorstandes und ihrer Hinterbliebenen betragen 248,3 (Vj. 271,9) T€.

Für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis sind 3.728,5 (Vj. 3.516,2) T€ zurückgestellt.

Zahlungen an Verwaltungsratsmitglieder erfolgten seitens der IB.SH in 2015 nicht. Am Bilanzstichtag bestehen Kredite an Mitglieder des Verwaltungsrates in Höhe von 448,2 (Vj. 172,7) T€.

### **Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen**

Als nahestehende Personen gelten natürliche sowie juristische Personen und Unternehmen, die aufgrund ihrer gesellschaftsrechtlichen Verbindung oder Organmitgliedschaft auf die Bank oder ihre Tochterunternehmen wesentlich einwirken können.

Als nahestehende Unternehmen haben wir die verbundenen Unternehmen der IB.SH identifiziert.

Als nahestehende Privatpersonen behandeln wir die Mitglieder von Vorstand und Verwaltungsrat.

Sämtliche Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen oder Personen werden zu marktüblichen Bedingungen und Konditionen abgeschlossen.



# Organe

## **Organe der Investitionsbank Schleswig-Holstein**

### **Vorstand**

#### **Erk Westermann-Lammers**

Vorsitzender des Vorstandes, Marktvorstand

#### **Dr. Michael Adamska**

Vorstandsmitglied, Marktfolgevorstand

### **Verwaltungsrat**

#### **Dr. Philipp Nimmermann**

Vorsitzender, Staatssekretär im Finanzministerium  
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

#### **Manuela Söller-Winkler**

1. Vertr. des Vorsitzenden, Staatssekretärin im  
Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten  
des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

#### **Dr. Frank Nägele**

2. Vertr. des Vorsitzenden, Staatssekretär im  
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und  
Technologie des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

#### **Johannes Grützner** bis 30.06.2015

Abteilungsleiter im Ministerium für Energiewende,  
Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des  
Landes Schleswig-Holstein, Kiel

#### **Dr. Ingrid Nestle** ab 01.07.2015

Staatssekretärin im Ministerium für Energiewende,  
Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume des  
Landes Schleswig-Holstein, Kiel

#### **Dr. Eberhardt Schmidt-Elsaesser** bis 30.06.2015

Staatssekretär im Ministerium für Justiz, Kultur  
und Europa des Landes Schleswig-Holstein, Kiel

#### **Prof. Dr. Ute Vanini** ab 01.07.2015

Fachhochschule Kiel

#### **Anette Langner** bis 30.6.2015

Staatssekretärin im Ministerium für Soziales,  
Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung des  
Landes Schleswig-Holstein, Kiel

#### **Elke Weber-Braun** ab 01.07.2015

Selbstständige Wirtschaftsprüferin

#### **Jochen von Allwörden** bis 30.6.2015

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des  
Städteverbandes Schleswig-Holstein, Kiel

**Jan-Christian Erps** ab 01.07.2015  
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des  
Schleswig-Holsteinischen Landkreistages

**Lars Schöning**  
Hauptgeschäftsführer der IHK zu Lübeck

**Von den Betriebsangehörigen  
gewählte Mitglieder des Verwaltungsrates**

**Ulrich Adolf** bis 30.06.2015, Kiel  
**Nils Bachmann** bis 30.06.2015, Kiel  
**Axel Barkow** bis 30.09.2015, Trappenkamp  
**Martina Credo** ab 01.07.2015, Rastorf  
**Patricia Friedrichs** bis 30.06.2015, Rendsburg  
**Cornelia Pankratz** ab 01.07.2015, Kiel  
**Matthias Strunck** ab 01.07.2015, Kronshagen  
**André Zobel** ab 01.10.2015, Kiel

**Mandate der Vorstandsmitglieder  
in Aufsichtsgremien**

**Erk Westermann-Lammers**  
Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH  
Fabrikstraße 6  
24103 Kiel (Aufsichtsrat)

**Dr. Michael Adamska**  
KIWI, Kieler Wirtschaftsförderungs- und  
Strukturentwicklungs GmbH  
Fraunhoferstraße 2-4  
24118 Kiel (Aufsichtsrat)

**Mandate anderer Mitarbeiter  
in Aufsichtsgremien**

**Monika Evert**  
Landgesellschaft Schleswig-Holstein mbH  
Fabrikstraße 6  
24103 Kiel (Aufsichtsrat)

Entwicklungsgesellschaft Ostholstein mbH EGOH  
Röntgenstraße 1  
23701 Eutin (Aufsichtsrat)

MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft  
Schleswig-Holstein mbH  
Lorentzendam 21  
24103 Kiel (Aufsichtsrat) ab 4.6.2014

Wirtschafts- und Aufbaugesellschaft Stormarn mbH  
Mommensenstraße 14  
23843 Bad Oldesloe (Aufsichtsrat)

Wirtschaftsförderungsgesellschaft  
Nordfriesland mbH  
Schloßstraße 7  
25813 Husum (Aufsichtsrat)

Kiel, 21. März 2016



Erk Westermann-Lammers  
Vorsitzender des Vorstandes



Dr. Michael Adamska  
Vorstand

# Bestätigungsvermerk

## **Wiedergabe des Bestätigungsvermerks**

Wir haben dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 und dem Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 der Investitionsbank Schleswig-Holstein, Kiel, in der in diesem Bericht als Anlage 1 bis 3 (Jahresabschluss) und 4 (Lagebericht) beigefügten Fassung den unter dem Datum vom 20. April 2016 in Frankfurt unterzeichneten uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben wird:

## **Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers**

„Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Investitionsbank Schleswig-Holstein, Kiel, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2015 geprüft.

Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft.

Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden.

Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für

die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.“

Frankfurt, den 20. April 2016

**Baker Tilly Roelfs AG**

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Ralph Hüsemann	Stephan Müller
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

# Kontakt/Impressum

## Standorte der IB.SH

### Kiel

#### Unternehmenssitz

Fleethörn 29-31 · 24103 Kiel  
Tel. 0431 9905-0 · Fax 0431 9905-3383  
info@ib-sh.de · www.ib-sh.de  
www.een-hhsh.de · www.interreg5a.de

### Rostock

#### Interreg Baltic Sea Region/

#### Seed Money Facility der EU-Ostseestrategie

Grubenstraße 20 · 18055 Rostock  
Tel. 0381 454845281  
www.interreg-baltic.eu · seed.eusbsr.eu  
www.eu.baltic.net

#### mit Außenstelle Riga

(in Kooperation mit der State Regional  
Development Agency, Lettland)  
Alberta iela 10/room 401 · LV 1010 Riga · Lettland  
Tel. +371 26480554  
www.interreg-baltic.eu · www.eu.baltic.net

### Brüssel

#### Repräsentanz der IB.SH

Square de Meeûs 37 · B 1000 Brüssel · Belgien  
Tel. +32 22307224  
www.ib-sh.de

## Büros der IB.SH in Schleswig-Holstein

### Elmshorn

Ramskamp 71-75  
Tel. 04121 471550

### Flensburg

Friesische Straße 1-9  
Tel. 0461 144860

### Kiel

Fleethörn 29-31  
Tel. 0431 9905-0

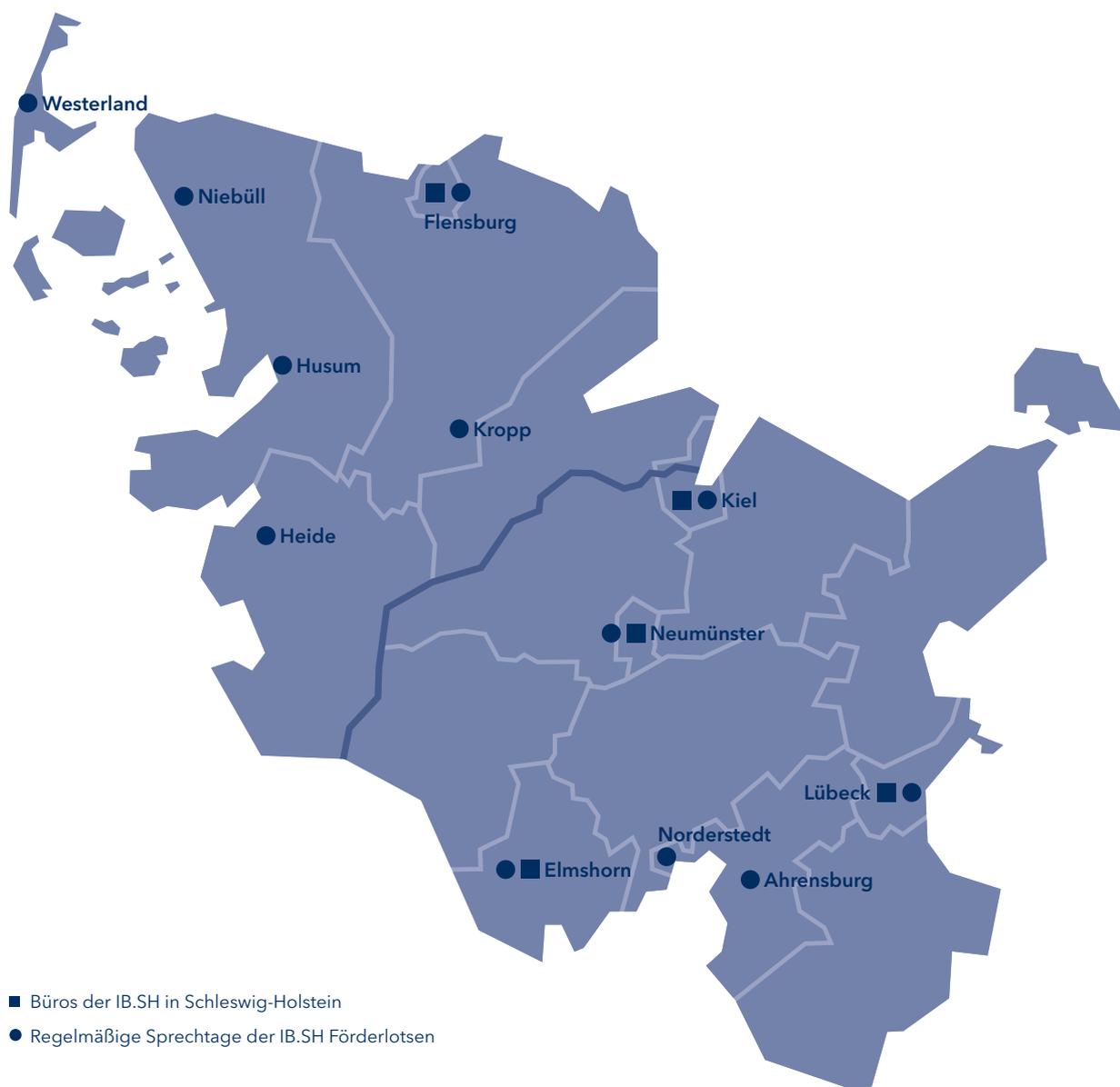
### Lübeck

Fackenburger Allee 2  
Tel. 0451 799860

### Neumünster

Kleinflecken 34  
Tel. 04321 488830

Regelmäßige Sprechtagge der IB.SH Förderlotsen  
siehe nebenstehende Karte.



### Herausgeber

IB.SH  
Investitionsbank Schleswig-Holstein  
Kommunikation/Marketing  
Tel. 0431 9905-3448 oder 0431 9905-3481

### Bebilderung

Titel: PantherMedia, kav777, Seite 7: IB.SH,  
AlbrechtsBesteBilder, Seite 9: Finanzministerium  
des Landes Schleswig-Holstein

### Gestaltung

New Communication GmbH & Co. KG

Gemeinsam Gutes tun -  
die IB.SH-Spendenplattform  
für Schleswig-Holstein  
[www.wir-bewegen.sh](http://www.wir-bewegen.sh)



# IB.SH

Ihre **Förderbank**

**Investitionsbank Schleswig-Holstein**

Fleethörn 29-31 · 24103 Kiel

Tel. 0431 9905-0

[www.ib-sh.de](http://www.ib-sh.de)

**Schleswig-Holstein.** Der echte Norden.